



Niederschrift

60. Plenarsitzung des Gemeinderates
23. Januar 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

**Punkt 6 der Tagesordnung: Zweijähriger Dialogprozess zur Erarbeitung von Leitlinien zur systematischen und mitgestaltenden Öffentlichkeitsbeteiligung - Zwischenbericht
Vorlage: 2023/1381**

Beschluss:

Kenntnisnahme

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf.

Eine Informationsvorlage, die Sie zunächst jetzt einfach hier nur so zur Kenntnis bekommen.

Stadträtin Weber (GRÜNE): Das derzeitige Konzept zur Bürgerbeteiligung aus dem Jahr 2012 gibt uns zwei Methoden zur Beteiligung für einen bestimmten Anlass an die Hand, aber es fehlt eine zentrale Steuerung und die Definition über die Verfahren und die Standards. Mit der Erarbeitung der Leitlinien soll dies nun nachgeholt werden. Die Leitlinien sollen die Grundlage und eine Handlungshilfe für das Zusammenarbeiten der verschiedenen Akteure von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft darstellen, indem sie die Rahmenbedingungen und die Qualitäten definieren, und das schafft Vertrauen und Transparenz. Nun, die erste Phase zur Erarbeitung der Leitlinien ist abgeschlossen. Exemplarisch für den weiteren Prozess möchte ich hier unsere besondere Arbeitsweise herausstellen. Bürgerinnen, Kommunalpolitik, Stadtverwaltung diskutieren auf Augenhöhe und unter Koordination des Büros für Mitwirkung und Engagement. Hier kamen Menschen zusammen mit den unterschiedlichsten Erfahrungen, Wissen, Motivationen und auch Temperamenten. Diese Arbeitsweise erfordert Geduld, Verständnis und Toleranz für die andere Seite. Getragen wird das von einem gemeinsamen Ziel. Das Ziel heißt, gemeinsam Demokratie gestalten.

Nach der Planungsphase in 2023 folgt in diesem Jahr die Beteiligungsphase, in der eine noch breitere Öffentlichkeitsbeteiligung gesucht wird, eine Beteiligung nicht nur von Einzelpersonen, sondern auch von sogenannten Stakeholdern in der Gesellschaft. Das halten wir für sehr wichtig. Vereine, Initiativen, soziale Träger, Genossenschaften und die Fachöffentlichkeit können nicht nur einen Multiplikator darstellen, sondern können auch mit

ihrem spezifischen Wissen und Erfahrung für die Leitliniendiskussion voranbringen. Anfang 2025 soll der Gemeinderat diese Leitlinien verabschieden. Abgesehen von den Inhalten der Leitlinien ist allerdings jetzt schon eines klar. Der Erfolg bzw. die Qualität der Bürgerbeteiligung in Karlsruhe kann nur so gut sein, wie der Wille, sie auch um- und einzusetzen. Und das erfordert eine hohe Motivation und Überzeugung auf allen Ebenen, sowohl in der Verwaltung, das Büro für Mitwirkung und Engagement muss eine zentrale Koordinationskompetenz erhalten, in der Politik die Bereitschaft, Finanzen und Personal für die Umsetzung in den Haushalt einzustellen und in der Bürgerschaft die Bereitschaft, konstruktiv mitzugestalten. Wir als GRÜNE freuen uns auf jeden Fall auf die nächsten Schritte hin zu einer Stadt, in der möglichst viele Menschen zusammen Demokratie selbst mitgestalten.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Zunächst einmal danken wir für den Zwischenbericht und sind hochgespannt natürlich, wie dann das Endergebnis aussehen wird. Allerdings zeigt uns eigentlich schon die Zwischendarstellung, dass es ein sehr aufwendiges Verfahren ist, und man fragt sich da und dort, ob wir jetzt in der Stadt Karlsruhe das Rad aufwendig neu erfinden müssen, das ja in vielen, vielen anderen Städten zum Teil schon erfunden wurde und zum Teil gerade parallel am Laufen ist. Also ich glaube, das ist sehr viel Aufwand, und die Frage kann man durchaus hier in der Zwischenphase stellen, hätte man nicht auf Best-Practice-Beispiele verweisen können und sich doch einiges an Aufwand und Zeit sparen können. Es ist natürlich so, dass diese Anwendung der Verfahren über die Bürgerbeteiligung vielleicht in den nächsten Jahren nicht so häufig stattfinden wird, weil der Haushalt gar nicht so große Verfahren bieten könnte, aber das warten wir mal ab. Jedenfalls, wenn wir damit beginnen, sollten wir uns sorgsam damit einüben. Es ist auch zu bedenken, dass die Parallelität verschiedener gesetzlich vorgeschriebener Beteiligungsverfahren abgestimmt sein muss, und das wird wahrscheinlich in dem Endbericht auch angesprochen werden. Für uns, die CDU, ist ein wenig der Zeitplan solcher Beteiligungsprozesse ganz entscheidend. Wir haben schon negative Erfahrungen gehabt, dass solche Prozesse über Jahrzehnte, kann man schon fast sagen ergehen, sodass man am Ende überhaupt nicht mehr weiß, was damals von der Bürgerschaft und im gemeinsamen Konsens beschlossen wurde. Ich erinnere an die Kaiserstraße oder Marktplatz. Ich meine, die Abläufe müssen auch überschaubar sein. Das, glaube ich, wird immer wichtiger, weil die Bürgerinnen und Bürger ungeduldig sind, wenn wir ewig lange planen und nachher im Ergebnis scheinbar unten nichts bei rauskommt. Also wir brauchen einen systematischen, aber überschaubaren Prozess, und die Bürger einzubeziehen, das ist jetzt nun wirklich nichts Neues. Wir vergessen natürlich nicht die Kriegsstraßendiskussion, wo wir relativ engagiert uns dafür einsetzen mussten, dass sie einbezogen werden.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Auch wir von der SPD-Fraktion bedanken uns bei allen Beteiligten, die diesen Prozess bislang begleitet haben, bei den Beteiligten vom Amt für Stadtentwicklung, bei den Beteiligten aus der Bürgerschaft, aber auch letztendlich bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Politik. Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsbeteiligung ist wichtig, aber auch der Zwischenbericht verdeutlicht den Spagat, einerseits die Öffentlichkeit hinreichend zu beteiligen, auf der anderen Seite aber auch operativ handlungsfähig zu sein. Und dann gibt es noch die dritte Prämisse, Beschleunigung von Verfahren, speziell die Beschleunigung von Planungsverfahren. Da ist es nicht ganz einfach, eine Balance zu finden. Was sich bewährt hat und was wir aus meiner Sicht hier in Karlsruhe auch praktizieren, ist eben die frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit, um eben auch Diskussionen vorwegzunehmen. Es hat sich bewährt, diese Diskussion im Vorfeld zu führen, nicht erst dann, wenn das berühmte Kind in den Brunnen gefallen ist.

Was wir von der SPD-Fraktion aber auch in die weitere Diskussion nochmal einbringen wollen, ist die Frage welcher Personenkreis, wie werden die Menschen angesprochen. Es zeigt sich eben immer wieder, das ist doch, ich nenne es jetzt mal, ein elitärer Kreis, das gehobene Bürgertum beteiligt sich an der Diskussion. Da wäre einfach die Frage, wie kann ich eben auch andere Milieus erreichen und nicht erst zu einem Zeitpunkt, wenn die Diskussion schon mehr oder weniger eine Tiefe erreicht hat, an der diese Diskussion nicht mehr geführt werden kann. Wir begrüßen, dass in diesem Konzept auch eine wissenschaftliche Begleitung, gerade im Bereich der Stadtplanung, stattfindet, durch das Institut für Urbanistik. Und in der Gesamtschau die bislang herausgearbeiteten Bausteine zur Öffentlichkeitsbeteiligung begrüßen wir ausdrücklich, sei es, dass es eben den Wunsch gibt, das Ziel gibt, einen zentralen Ansprechpartner/Ansprechpartnerin zur Formulierung, die Beteiligung, Digitalisierung, Transparenz, aber auch eine gewisse Qualität durch Qualitätsstandard und Qualitätskontrolle einzubringen. Ein abschließender Gedanke wäre noch mal das Thema Initiativrecht. Da gibt es natürlich Vorgaben vom Land her, was den berühmten Bürgerantrag angeht, aber die Hürden sind doch da letztendlich nicht ganz niedrig. Vielleicht gibt es da aber auch noch niedrigschwelligere Möglichkeiten. Wir freuen uns auf die weitere Diskussion in den Ausschüssen.

Stadtrat Høyem (FDP): Selbstverständlich ist mit Öffentlichkeitsbeteiligung und Bürgerbeteiligung wichtig. Wer kann gegen das sein? Wir sind alle dafür. Aber wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Es heißt Bundesrepublik Deutschland. Hier hat man unglaublich viele Parteien. Ich habe den Eindruck, zurzeit bildet man in Deutschland eine neue Partei jede Woche. Und wir haben hier in Karlsruhe Parteien, viele Parteien. Wir haben hier Ortsvereine, wir haben Bürgervereine, wir haben Ortschaftsräte. Da gibt es also für Bürger richtig viele Möglichkeiten, sich zu engagieren und in dieser repräsentativen Demokratie teilzunehmen. Und wenn wir die Öffentlichkeitsarbeit positiv bewerten, und das tun wir, weil man kann heutzutage nichts anderes tun, man muss aber immer erinnern, das ist punktuell. Der Unterschied zwischen einer Bürgerbeteiligung, egal was es ist, ob über Bäume in Kriegsstraße oder in Kaiserstraße oder was man sagen will, ist der Unterschied, dass man in einer politischen Partei einen Kontext hat, einen Zusammenhang. Wir sind für das alles zuständig. Und das ist ein unglaublich großer Unterschied. In meinem langen Leben habe ich oft erlebt Bürgerbeteiligung sehr, sehr stark gegen Atomwaffen, dann Bürgerbeteiligung sehr, sehr stark gegen Kernkraft, dann Bürgerbeteiligung an Fridays-for-Future, die wir jetzt vergessen haben, und viele andere Dinge. Das ist immer eine ohne Kontext, nur punktuell teilnehmen. Also bitte das nicht missverstehen, Bürgerbeteiligung ist gut, diese Leitlinien sind okay, die sind so gut wie alle anderen, aber wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Was wir wirklich tun sollen, ist zu sagen, liebe Bürger, melden Sie sich in einer politischen Partei, gehen Sie in die Bürgervereine, gehen Sie in den Ortschaftsrat, egal welche, ich will nicht sagen, egal welche Parteien, da gibt es Parteien, die besser sind als andere, habe ich den Eindruck, aber engagieren Sie sich bitte auch politisch. Das finde ich sehr wichtig. Und das soll nicht ein niedriges oder schlechtes Urteil für die Leitlinien sein, für die, die systematisch dran teilnehmen, das ist okay. Aber bitte erinnern Sie sich, der Kontext hier in unserem Gemeinderat, das Treffen von Entscheidungen machen wir in einem Kontext und nicht punktuell.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Also Herr Kollege Høyem, das, was Sie gerade gesagt haben im Kern, dem möchte ich massiv widersprechen. Sie sagen, na ja gut, wenn die Bürger Probleme haben, dann sollen sie sich nicht selber kümmern, keine Möglichkeit haben

sich zu kümmern, sondern sie sollen in die FDP, in die SPD, in die GRÜNEN, in die CDU, in die Karlsruher Liste und so weiter eintreten, und dann wird schon alles gut. Das glaube ich nicht. Warum ist denn diese sogenannte Politik, die Parteienverdrossenheit so groß? Weil eben der einfache Bürger gar nicht wirklich die Möglichkeit hat, auch wenn er in eine Partei geht, sich da überhaupt, in Führungszeichen, ein Stück weit durchzusetzen für seine spezifischen Belange, gerade hier in der Kommune sind das ja oft Dinge, die vor seiner Haustür passieren, da sieht er sich, denke ich, kaum von den Parteien vertreten. Also das ist, glaube ich, ein Wunschdenken und was Sie hier formuliert haben, eine Idealisierung der Parteien und der Wählervereinigungen. Schön wäre es, wenn das so funktionieren würde, aber ich denke, so funktioniert es nicht. Und deswegen finden wir es auch gut, dass jetzt Bürger zusammen aufgerufen worden sind, sich zu beteiligen, an solchen Leitlinien zu arbeiten. Aber ich war auch bei, im Grunde genommen, glaube ich, bei allen Treffen dabei, Herr Høyem, aber was sich eben auch gezeigt hat, ist am Ende, wie, wenn die Leitlinien fertig sind, wie werden die umgesetzt. Wie werden die dann ganz konkret, bei Leuten vor der Haustüre, und das ist nicht *not in my backyard*, was Sie ja immer so gerne ansprechen, sondern das ist genau das, was die Leute bewegt und wo sie sich oft nicht vertreten fühlen, wie wird das dann umgesetzt, diese Leitlinie. Darauf bin ich gespannt. Wenn ich das richtig verstanden habe von der Frau Kollegin Weber, dass sie das auch so sieht, es kommt darauf an, wie das dann am Ende passiert. Und ich muss sagen, das sind auch meine großen Bedenken, dass man hier Bürger sich engagieren lässt, in Führungszeichen, aber dann am Ende die hohen Erwartungen, die sie haben an einer Bürgerbeteiligung, dass das dann nicht so umgesetzt werden wird, wie sie es sich vorstellen. Und da müssen wir aufpassen. Denn das wäre ja der allergrößte Frust und eine Niederlage der Politik hier in Karlsruhe, wenn wir das nicht schaffen, sie mit einzubeziehen.

Stadtrat Arslan (DIE LINKE.): Ich glaube, ich gehe jetzt nicht auf die Möglichkeiten und Limitierung der repräsentativen Demokratie ein. Ich glaube, das wird zu lang führen. Ich will tatsächlich drei Punkte gerne herausgreifen. Das erste Mal ist, also zunächst einmal vielen Dank an alle, die das erarbeitet haben, für uns tatsächlich wichtig, dass das Thema aufsuchende Beteiligung sehr stark forciert wird, weil wir schon sehen, und jetzt komme ich tatsächlich zur Limitierung der repräsentativen Demokratie, dass wir schon gewisse Zielgruppen nicht mehr so einfach involviert bekommen. Der Nichtwähler*innenanteil steigt, die Aktivitäten in konkreter kommunalpolitischer Auseinandersetzung sind auch nicht unbedingt so, dass die gesamte Stadt gesehen wird. Viele Male ist es vielleicht auch gar nicht notwendig. Das heißt, wenn wir uns da neue Formate überlegen oder Möglichkeiten, da noch aktiver Bürger*innen zu Veranstalten zu bekommen, die normalerweise nicht dafür prädestiniert sind, da selbst aktiv hinzugehen, ist es, glaube ich, sicherlich wichtig. Zweitens, dieses Thema der eigenen Initiativen auf den Weg bringen, ist wichtig. Ich benutze jetzt bewusst nicht den Begriff des Initiativrechtes, aber der Möglichkeit, eine selbstorganisierte Aktivität reinzubringen, glaube ich, wenn wir das in einem Format ermöglichen oder wirklich diese Ideeneinbringung ermöglichen, ist es, glaube ich, ein wichtiger Schritt nach vorne. Und drittens, und ich glaube, das wurde auch schon ausgeführt, ist natürlich die zeitliche Koordination des Beteiligungsprozesses extrem wichtig. Also nicht nur, wie früh findet das statt und ist es eine Informationsveranstaltung oder eine Mitwirkungsveranstaltung, sage ich mal, sondern auch, über welchen Zeithorizont spreche ich. Also natürlich kann ich eine Zukunftsvision für einen Stadtteil 2040 teilhaben, aber voraussichtlich wird die Hälfte der Bürger*innen bis 2040 oder ein Teil der Bürger*innen nicht mehr da sein. Und gleichzeitig sind wir natürlich in kommunalpolitischen Prozessen nicht so, dass wir heute eine Diskussion führen und morgen eine Entscheidung haben und übermorgen das

implementiert haben oder umgesetzt haben. Und ich glaube, das ist auch nochmal wichtig, dass wir da klarer kommunizieren, was sind Möglichkeiten der Mitwirkung, was sind Limitierungen der Mitwirkung.

Stadträtin Lorenz (FW/FÜR): Auch ich hatte so ein bisschen das Gefühl, als ich diesen durchaus ausführlichen Entwurf der Leitlinien gelesen habe, wow, was für eine Riesearbeit und ein Riesenprozess. Und es wirkt so ein bisschen, wir rücken von dem ab, was wir eigentlich wollen, nämlich die Nähe zum Bürger. Jetzt ist es natürlich ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite kann die Stadt dem Bürger nur ein Angebot machen, und da ist die Frage, in welcher Form. Wir haben da auch schon einschlägige Erfahrungen. Wenn wir jetzt zum Beispiel eine E-Mail-Adresse einrichten, wo der Bürger zu einem gewissen Thema sich äußern kann oder auch Befragungen mit Fragebögen, dass die Rückläuferquote sehr, sehr gering ist. Und auch bei den Präsenzveranstaltungen habe ich schon erlebt, dass wirklich nur eine Handvoll Bürger da war in der Südstadt und auf der anderen Seite manche Veranstaltungen natürlich sehr, sehr gut besucht sind, wenn es ein Reizthema ist. Und die Frage ist, wie gehen wir damit um. Wo holen wir den Bürger ab? Weil man sieht an den aktuellen politischen Entwicklungen, dass es wohl eine schweigende Mehrheit gibt, die irgendwie frustriert oder ärgerlich ist und sich nicht äußert oder im schlimmsten Fall dann eine Äußerung irgendwann tätigt, vor der wir alle Angst haben und es auf der anderen Seite auch eine starke Gegenbewegung gibt. Das haben wir jetzt ganz schön am Samstag gesehen, und da haben wir uns alle sehr, sehr darüber gefreut, dass es auch eine breite Mehrheit gibt, die da bereit ist, öffentlich ihre Meinung kundzutun. Und wie wir diese beiden Gruppen abholen und einen Konsens finden, das wird, glaube ich, die wahre Herausforderung der Zukunft. Uns wäre ganz wichtig, wie gesagt, man muss sich niederschwellige Konzepte überlegen, einfach nicht dieses fülle Fragebogen aus oder schreibe an eine E-Mail-Adresse oder gehe auf eine Veranstaltung, wo es polarisiert und vor allem ganz wichtig, der Bürger darf hinterher nicht den Eindruck gewinnen, es war ein fertiges Konzept und wir wurden jetzt dazu gehört, und letztendlich macht die Stadt sowieso, was sie will, weil dann kommt tatsächlich keiner mehr. Sondern es muss tatsächlich auch die Möglichkeit sein, da mitzugestalten und Mehrheiten bei solchen Veranstaltungen oder bei solchen Prozessen zu finden. Da müssen wir einfach mal nachgucken in medias res, vielleicht aus anderen Gebieten, wie professionelle, sage ich jetzt mal, Promoter ist vielleicht das falsche Wort, aber ich habe das selbst schon oft erlebt, man kommt irgendwo an einen Supermarkt und da steht dann das Rote Kreuz und sammelt für so ein Kindernotfallfahrzeug, ist jetzt vielleicht ein blödes Beispiel. Aber die Gelegenheit war da, ich habe mich dann breitschlagen lassen eine Minute und habe gespendet. Und vielleicht müssen wir in dieser Bürgerbeteiligung oder auch, was die Bürger stört, weil das erlebe ich zum Beispiel im Geschäft, da ist es ja auch so, man sagt, der Kunde, der nicht zufrieden ist, der geht raus und erzählt es 30 und der, der zufrieden ist, erzählt es im Schnitt nur 6. Und ich glaube, das ist auch das Problem, was wir bei den Bürgern haben, dass die, die halt sich ärgern, nicht öffentlich den Mund aufmachen und sagen, was sie ärgert und wo sie eine Veränderung wollen, und die Wenigen, die eigentlich zufrieden sind, oder nicht die Wenigen, das ist der falsche Ausdruck, die, die zufrieden sind, das nicht sagen, sich nicht positiv über die Verwaltung oder die Stadt äußern.

Stadträtin Fenrich (pl.): Wir haben jetzt viel dazu gehört. Der Ursprung war eigentlich mal dieses Konzept zur systematischen Bürgerbeteiligung in Karlsruhe, lese ich hier. Und dann steht da weiter, der Fokus liegt hierbei auf Methoden zur anlassbezogenen Öffentlichkeitsbeteiligung. Also vorab möchte ich natürlich betonen, dass ich sehr für eine

Öffentlichkeitsbeteiligung bin, sehr für eine Mitnahme der Bürger, denn dafür sind wir als Stadträte auch da, dafür ist die Stadt auch da, für die Bürger, und nicht umgekehrt. Nur ist die Frage, wie gestaltet man das? Ich habe das mal durchgelesen und habe gedacht, mein Gott, das ist ja ein Bürokratiemonster. Das, was man hier liest, das neigt fast schon zu einer Doktorarbeit. Und wenn man mal den Aufwand sieht, der da betrieben wird, und das eigentlich nur wenige, ich lese da von fünf Bewerberinnen aus der Bürgerschaft, wenn man diesen Aufwand sieht und auch berücksichtigt, dass im Bund, im Land, ja auch in der Kommune, alle wollen Entbürokratisierung, aber es werden immer mehr Bürokratiemonster eigentlich aufgebaut. Und man sieht es auch, nicht nur dass diese Verfahren schwieriger werden, sondern es ist auf der letzten Seite auch genannt, so ab 2025 kostet es auch was. Da müssen Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Und jetzt muss ich ehrlicherweise sagen, als ich noch in der Fraktion war, habe ich mich mal geäußert, wie kann die Stadt, wie können wir als Fraktionen hier die Bürger mehr mit ins Boot nehmen. Und da kamen mir so einige Vorstellungen. Ich kann jetzt nicht sagen, dass das vielleicht eins zu eins umsetzbar wäre, aber es gäbe aus meiner Sicht Möglichkeiten, das für die Bürger einfacher zu machen. Und dann gebe ich bei dieser Sache auch noch zu bedenken, sind denn da auch ältere Mitbürger? Und das ist ein erheblicher Anteil auch in Karlsruhe. Sind die da auch berücksichtigt? Wir wissen doch alle, dass die nicht derart vernetzt sind und eben mal zum Handy oder zum Computer greifen. Haben die eine Chance eigentlich eines Beteiligtwerdens? Sind Behinderte auch hier drin? Haben Behinderte auch die entsprechende Chance, beteiligt zu werden? Und all diese Fragen und auch im Ergebnis, dass es was kostet, ist das ein Monster, was wir hier aufbauen. Da es ein Monster darstellt, würde ich doch kritisch hinterfragen wollen, ob man das nicht eine Nummer kleiner machen kann, die Bürger mitnehmen kann, den politischen Frust, den viele auch im Moment haben, den im Prinzip zu dezimieren. Und das wäre ein guter Weg, wenn man so vorgehen könnte, nicht Bürokratie, sondern in der Tat Bürgernähe.

Der Vorsitzende: Sie haben das alle zur Kenntnis genommen, das habe ich Ihren Reden entnehmen können, mit sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen. Ich möchte nochmal darauf hinweisen, dass hier auch Bürger verschiedener Institutionen und auch die Parteien und Fraktionen durchaus beteiligt waren oder sich beteiligen konnten und von daher vieles von dem, was allgemein zur Bürgerbeteiligung jetzt gefordert wurde, auch für diesen Prozess gilt. Und die Beobachtung, dass dabei sicherlich nicht nur einfache Lösungen herauskommen, ist auch richtig. Und ich denke, es wird am Ende um eine Anleitung gehen, wie man dann eine themenbezogene, angemessene Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit organisiert. Und darum wird es dann beim endgültigen Bericht gehen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
8. Februar 2024